

# Tausend Beamte zu wenig?

**POLIZEI** Trotz gravierender Lücken im Schichtdienst setzt Personalabbau fort

Von Frank Schmidt-Wyk

**MAINZ.** Das Thema innere Sicherheit steht ganz oben auf der Agenda der CSU bei ihrer Klausur in Wildbad Kreuth. Schon vor dem gestrigen Beginn der Veranstaltung waren Details eines internen Strategiepapiers durchgesickert, wonach die Christozialen unter anderem mehr und schärfere Polizeieinsätze gegen Wohnungseinbrecher fordern: Seit Jahren steigende Fallzahlen und gleichbleibend niedrige Aufklärungsquoten erschütterten das Sicherheitsgefühl vieler Bürger. „Der Abbau von Polizei-Dienststellen in einigen Ländern ist insofern unverantwortlich“, heißt es in dem Papier weiter.

Von der Kritik aus Bayern darf sich auch die rheinland-pfälzische Landesregierung angesprochen fühlen: Bis 2016 will die rot-grüne Koalition die Zahl der Polizeibeamten auf 9014 reduzieren – demzufolge werden in naher Zukunft mehr als 250 weitere Stellen bei der Polizei gestrichen (siehe Kasten).

Der Landesvorsitzende der Gewerkschaft der Polizei (GdP), Ernst Scharbach, ist deshalb auch gar nicht unglücklich über den Vorstoß der CSU. Denn er ruft einen gravierenden Missstand in Erinnerung, auf den die Polizeigewerkschaften immer wieder hinweisen: Die Polizei hat vielerorts

nicht mehr genug Personal, um die ihr übertragenen Aufgaben noch zufriedenstellend erfüllen zu können.

Die Jagd auf Wohnungseinbrecher ist in erster Linie eine Aufgabe des Streifendienstes. Zwar verspricht das reine Streifefahren wenig Aussicht auf Erfolg, weil die Täter selbst Beamte in Zivil meist schon auf weite Entfernung geradezu wittern. Für die Polizei lohnt es sich trotzdem, auf den Straßen starke Präsenz zu zeigen: Umso schneller können die Beamten zur Stelle sein und mit etwas Glück Einbrecher in flagranti erwischen, sollten Anwohner verdächtige Wahrnehmungen machen und die Polizei verständigen. Das Problem ist nur: Vielen Polizeidienststellen, vor allem auf dem Land, fehlt es an Beamten, um Streifenwagen in ausreichender Zahl zu besetzen.

Die personelle Ausstattung des Wechselschichtdienstes ist schon

lange ein Streitpunkt zwischen GdP und Innenministerium. „Grundsätzlich trifft der Vorwurf der Schwächung des Schichtdienstes nicht zu“, sagt Ministeriumssprecher Marco Pecht und verweist auf die Zahl von 4391 Beamten, die im Jahr 2013 im Schichtdienst eingesetzt gewesen seien.

„Gebt uns Personal!“

Das Ministerium lasse außer Acht, so die Replik Scharbachs, dass ein großer Teil dieser dem Wechselschichtdienst zugerechneten Beamten aufgrund gesundheitlicher Probleme nur eingeschränkt dienstfähig sei, etwa nur Innendienst verrichten könne. Aktuell gelte das für mehr als tausend Beamte. Dass viele Polizisten angeschlagen seien, was sich auch im hohen Krankenstand dokumentiere, führt Scharbach vor al-

lem auf zwei Faktoren zurück: die vor zwölf Jahren von der damaligen SPD/FDP-Landesregierung durchgesetzte Anhebung der Pensionsgrenze von 60 auf 65 Jahre und eine enorm hohe Dienstbelastung.

Anstatt Stellen zu streichen, seien eigentlich 1000 zusätzliche Beamte nötig, um die vielfältigen neuen Aufgaben zu bewältigen, die der rheinland-pfälzischen Polizei in den vergangenen Jahren zugefallen seien, etwa durch das Aufkommen der Cyberkriminalität, soll ein leitender Polizeibeamter hinter den Kulissen kürzlich vorgerechnet haben. Angesprochen auf die CSU-Forderung, energischer gegen Einbrecher vorzugehen, sagt ein Polizist: „Gerne. Gebt uns das Personal dazu!“

Wie ernst die Lage im Schichtdienst tatsächlich ist, geht aus der Antwort auf eine Große Anfrage der CDU-Landtagsfraktion vom 2. Oktober 2013 hervor, die sich danach erkundigt hatte, wie oft es vorgekommen sei, dass während eines Polizeieinsatzes nur ein einziger Beamter auf der Wache zurückblieb, obwohl aus Sicherheitsgründen zwei Kollegen als Mindestbesetzung vorgeschrieben sind. Nicht weniger als 9159 solcher Fälle im Zuständigkeitsbereich der fünf Präsidien listete die Antwort der Landesregierung auf. Statistisch sind das mehr als 25 Fälle pro Tag. ► **KOMMENTAR**



Frank Schmidt-Wyk  
zur Personalsituation bei der Polizei

@ fsw@vrm.de

## Überfordert

Der Personalabbau bei der Polizei hat längst eine kritische Grenze erreicht. Es gibt Landstriche in Rheinland-Pfalz, da kann der Bürger lange auf einen Streifenwagen warten, wenn er in einer Notsituation die Polizei ruft – etwa, weil er Einbrecher im Haus hat. Weder die verantwortlichen Politiker noch die Führungskräfte der Polizei würden das jemals offen kommunizieren, doch de facto ist es so: Bestimmte Formen der Massenkriminalität – die man übrigens nicht nur deshalb so nennen muss, weil sie massenhaft begangen werden, sondern auch, weil Massen empfindlich von ihnen betroffen sind – bekommt die Polizei trotz bemerkenswerter punktueller Erfolge überhaupt nicht mehr in den Griff. Dazu zählen neben den zahllosen Spielarten von Betrügereien auch Diebstähle aus Autos und Wohnungseinbrüche. Der Bevölkerung bleibt also nichts anderes übrig, als sich auf diese Situation einzustellen und besser auf ihr Eigentum zu achten. Auf dem Gebiet des Einbruchsschutzes funktioniert das auch schon ganz gut: Obwohl von Jahr zu Jahr bundesweit mehr Einbrüche registriert werden, steigt auch die Zahl von Fällen, in denen es beim Versuch geblieben ist, die Täter also gescheitert sind. Offenbar trägt wenigstens die Präventionsarbeit der Polizei Früchte und bei immer mehr Wohnungs- und Hausbesitzern kommt die Botschaft an: Einbruchssichere Türen und Fenster zahlen sich aus. Sicherheit sollte allerdings kein Luxus sein. Deshalb wäre ein Förderprogramm für Investitionen in den Einbruchsschutz, wie es die CSU in Wildbad Kreuth diskutiert, ein richtiger Schritt.